



Standpunkte SVP Nidau

Stadtrat-Sitzung, 20. März 2014

Nidau, 14. März 2014



Übersicht

Einleitung

Am 20. März 2014 findet die erste „richtige“ Stadtratsitzung der neuen Legislatur 2014-2017 statt. Die SVP Nidau wird an dieser Sitzung drei Vorstösse einreichen. Diese stehen ab sofort auch im Internet unter www.svp-nidau.ch zum Download als PDF zur Verfügung:

- ▶ Motion „Interessenbindungen offen legen“ - Von Stadtrat Oliver Grob
- ▶ Motion „Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse“ - Von Stadtrat Leander Gabathuler
- ▶ Interpellation „Kosten-Nutzen-Verhältnis Police Bern“ - Von Stadträtin Ursula Wingeyer

Nachfolgend legt die SVP Fraktion ihre Standpunkte für die anstehende Stadtratsitzung vom 20.03.2014 dar.

Traktanden Stadtrat-Sitzung 20.03.2014

Folgende Geschäfte sind für die Stadtrat-Sitzung traktandiert, die SVP nimmt folgedessen Stellung zu:

1. Teil: Ehrung für besondere Leistungen

2. Teil: Stadtratsitzung

- ▶ Genehmigung Protokoll Nr. 1 vom 23. Januar 2014
- ▶ Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 - Botschaft
- ▶ Motion S. Friedli - Autofreier Hof, Schulgasse 2, Nidau
- ▶ Motion S. Schneiter Marti - Gestaltung der öffentlichen Kinderspielplätze
- ▶ Motion S. Schneiter Marti - Reglement über die Benutzung der Schulanlagen ausserhalb der Schulzeiten
- ▶ Postulat Ph. Messerli / P. Lehmann - Quo vadis, Nidau?
- ▶ Interpellation H. Jenni - Schulbesuch französisch sprechender Kinder

01 Genehmigung Protokoll Nr.1 vom 23. Januar 2014

Leander Gabathuler

Einstimmige Zustimmung, Protokoll ohne Änderungen genehmigen.

02 Volksabstimmung vom 18.Mai 2014 - Botschaft

Leander Gabathuler

Der Nidauer Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 21. November 2013 beschlossen, Artikel 4 der Stadtordnung auf den 1. August 2014 hin aufzuheben und zu ersetzen. Alle Nidauer SchülerInnen und Schüler, welche ab dem 1. August 2014 eingeschult werden, sollen demnach neu in Nidau zur Schule gehen. Dies betrifft die frankophonen SchülerInnen, welchen bislang ein Schulbesuch in Biel gewährt wurde. Da die prekären Platzverhältnisse in Biel eine nahe Einschulung nicht mehr zulassen, sollten einige Schüler in weiter gelegene Schulhäuser verlegt werden. Der Schülertransport erfolgte bisher in Verantwortung der Eltern. Es wurde daraufhin Beschwerde eingereicht, dass dies mit dem längeren Weg unzumutbar sei, die Beschwerde wurde angenommen. Biel oder Nidau müssten deshalb fortan die Transportkosten der frankophonen SchülerInnen übernehmen. Biel hat daraufhin den Vertrag mit Nidau aufgekündigt. Für das Schuljahr 2012/2013 hat die Stadt Nidau die Transportkosten notfallmässig übernommen. Nach einer nachhaltigen Lösung muss erst noch gesucht werden; Denn ein Komitee hat erfolgreich das Referendum gegen den Stadtratsbeschluss ergriffen. Die Vorlage kommt am 18. Mai 2014 zur Abstimmung. Stadtrat und Gemeinderat empfehlen, den Stadtrat-Entscheid anzunehmen.

Für die SVP-Fraktion, welche diesen Entscheid seiner Zeit nicht mitgestalten konnte, da er an der letzten Sitzung der alten Legislatur getroffen wurde und die SVP zu diesem Zeitpunkt noch ohne Mandate war, ist die Ausgangslage klar: Der Stadtratsbeschluss wird einstimmig unterstützt. Rund 56 frankophone SchülerInnen sollen laut Einwohnerkontrolle in den nächsten 4 Jahren eingeschult werden. Der Gemeinderat hat einen direkten Varianten- und Kostenvergleich erstellt. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Werden die frankophonen SchülerInnen fortan in Nidau eingeschult, entfallen sämtliche Transportkosten in der Höhe von rund 200'000 CHF (über 4 Jahre hinweg). Zudem verringert sich die Lehrerbesoldung erheblich, da keine Pauschale mehr für den Schulbesuch in Biel bezahlt werden muss. Über 4 Jahre hinweg fallen Kosten in der Höhe von rund 100'000 CHF an. Hingegen steigen natürlich die Kosten der Lehrerbesoldung und des Schulmobiliars, über dieselben 4 Jahre gerechnet ergeben sich rund 730'000 CHF Mehrkosten. Unter dem Strich kostet diese Variante die Gemeinde Nidau rund **830'000 Franken.**

Werden die frankophonen SchülerInnen weiterhin in Biel eingeschult, fallen die genannten zusätzlichen Transportkosten in der Höhe von rund 200'000 CHF an. Durchschnittlich wird mit Kosten von 5'000 CHF pro SchülerIn und Schuljahr gerechnet, dies entspricht Kosten in der Höhe eines privaten Taxidienstes für jeden Schüler - einzeln! Für die SVP Fraktion sind solche horrenden Kosten unabhängig von der Finanzlage

der Gemeinde inakzeptabel. Hinzu kommen die oben genannten Schuldeld-Pauschalen in der Höhe von rund 1.24 Millionen CHF über 4 Jahre hinweg. Es ergeben sich mit dieser Variante somit Gesamtkosten in der Höhe von rund **1'445'000 CHF**.

Die ausführlichen Berechnungen können in den öffentlichen Unterlagen des Stadtrates eingesehen werden. Zwischen den beiden Varianten ergibt sich eine Differenz, also ein **Sparpotential in der Höhe von rund 615'000 CHF über 4 Jahre hinweg gerechnet. Auf ein Jahr übertragen beträgt das geschätzte Sparpotential also rund 150'000 Franken.**

Davon abziehen muss man in naher Zukunft wohl Investitionskosten für den steigenden Schulraumbedarf. Doch selbst wenn die frankophonen SchülerInnen weiterhin in Biel zur Schule gingen, bräuchte Nidau in einigen Jahren ohnehin **zusätzlichen Schulraum**. Diese Mehrkosten, welche auf Grund der Neueinschulung in Nidau anfallen würden, können also nicht 1:1 beziffert werden. Mittel- bis langfristig ist von einem erheblichen Sparpotential auszugehen. Denn wenn in 11 Jahren keine Nidauer Kinder mehr die Bieler Kindergärten und Schulen besuchen, sondern eben nur noch Nidauer Schulen, entfallen sämtliche Verpflichtungen gegenüber der Stadt Biel. Sprich: Es fallen keine Transportkosten und keine Schulgeldzahlungen mehr an. Dieses Geld kann demnach eingespart oder effizienter - zum Beispiel eben für den Ausbau der Nidauer Schulen - verwendet werden. Mit dem bisherigen System „verpuffte“ das Steuergeld förmlich durch ineffiziente Prozesse.

Aus all diesen finanziellen Gründen unterstützt die SVP Fraktion den Beschluss des Stadtrates einstimmig und mit Nachdruck. Hinzu kommen natürlich auch noch weitere Gründe nicht finanzieller Art. Nidau ist eine **deutschsprachige Stadt** und ist deshalb zu einer **Förderung der Zweisprachigkeit in keiner Form verpflichtet**. Trotzdem ist der Aufwand in diesem Bereich auch ohne den möglichen Schulbesuch in Biel sehr hoch: Nidau hat zwei eigenen Bibliotheken (deutsch und französisch) und übersetzt zudem unzählige Publikationen auf Französisch. Im Stedtli und auf der Gemeindeverwaltung kann man problemlos in beiden Landessprachen kommunizieren. Nidau gibt sich also sehr viel Mühe. Im Vorfeld der angesprochenen Stadtratsitzung wurde dem damaligen Stadtpräsidenten Adrian Kneubühler in den Medien öffentlich vorgeworfen „ethnische Säuberungen“ zu planen. An der Sitzung selbst wurden die Befürworter mit Arabern verglichen. Und auch privat wurde den Befürwortern Rassismus unterstellt.

Aus Sicht der SVP ist ein solches Verhalten einiger betroffener Romands inakzeptabel und eine absolute Frechheit. Hinzu kommt, dass sich in den Abstimmungskampf unzählige auswärtige Personen und Organisationen einzumischen beginnen. Unter diesen Umständen wird es sich die SVP in Zukunft gut überlegen, sollten die Romands jemals wieder Subventionen fordern, wenn man bedenkt, dass dies ihre Art ist, sich für die bisherigen Anstrengungen der Stadt Nidau zu bedanken. **Für die SVP bedeutet Zweisprachigkeit - welche in Nidau ja nicht einmal offiziell besteht - dass beide Sprachgruppen auch beide Sprachen sprechen.** Wer sich damit nicht abfinden kann, ist einer klar deutschsprachigen Stadt wohl nicht am richtigen Ort wohnhaft. Die SVP empfiehlt deshalb den Nidauer StimmbürgerInnen, der Empfehlung von Gemeinderat und Stadtrat zu folgen und die Vorlage mit einem „Ja“ am 18. Mai anzunehmen.

Die SVP Fraktion unterstützt sämtliche Änderungsanträge der GPK. Zusätzlich bringt die SVP den Vorschlag ein, die Botschaft weitergehend abzuändern. Ein wichtiger Aspekt der Vorlage ist, dass SchülerInnen, welche vor dem Schuljahr 2013/14 eingeschult wurden, nicht von der Abstimmung betroffen sind und ihre Schulkarriere in Biel beenden können. Dies wird in der Botschaft zu Beginn zwar erwähnt, geht im Zahlensalat anschliessend aber nach Ansicht der SVP unter. Am Ende unter „Abstimmungsfrage“ wird weiter erläutert: „Ein „Ja“ auf diese Frage führt dazu, dass die Kinder inskünftig in Nidau und nicht mehr in Biel die Schule besuchen werden. Ein „Nein“ führt dazu, dass der Schulbesuch in Biel auch weiterhin möglich sein soll.“

Auch hier besteht die Gefahr, dass viele Leute, welche mit der Materie nicht so vertraut sind wie die Politiker, die komplexe Vorlage falsch interpretieren und aus der Aussage („die Kinder“) fälschlicherweise glauben, dass alle Kinder in Zukunft in Nidau zur Schule gehen müssen, auch jene, welche heute bereits in Biel die Schule besuchen. Dem ist aber nicht so. **Die SVP beantragt deshalb folgende Änderungen vorzunehmen:**

- ▶ Ergänzung/Änderungen unter „Abstimmungsfrage:“ Der neue Text lautet wie folgt: „Ein „Ja auf diese Frage führt dazu, dass jene Kinder inskünftig in Nidau und nicht mehr in Biel die Schule besuchen werden, welche am 1. August 2013 oder später in den Kindergarten oder in die Schule in Biel eingetreten sind.“

03 Motion S. Friedli - Autofreier Hof, Schulgasse 2, Nidau

Oliver Grob

Das Vorhaben, den Hof zwischen der Verwaltung, der Kirche und dem Coop autofrei zu gestalten, ist ein weiterer Angriff auf die Autofahrer. Der Platz wird von den Gemeindeangestellten als Parkmöglichkeit zwingend benötigt. Wird der Platz autofrei gemacht und fällt somit auch die Parkmöglichkeit weg, werden die Gemeindeangestellten, welche auch von ausserhalb kommen, in Zukunft ihre Autos auf den öffentlichen Parkplätzen im Stedtlı parkieren müssen. Dies würde zu einem erheblichen zusätzlichen Suchverkehr und zu einer weiteren Verknappung des Parkplatzangebots führen. Eine Neugestaltung des Hofes würde erhebliche finanzielle Mittel in Anspruch nehmen, was sich Nidau in der aktuellen finanziellen Lage nicht leisten könnte. Auf keinen Fall dürfen derart stark benötigte Parkplätze einfach so ersatzlos aufgehoben werden.

Die SVP Fraktion beantragt deshalb, die Motion gänzlich abzulehnen. Sollte die SVP in diesem Punkt unterlegen sein und sollte die Motion als Postulat angenommen werden, behält es sich für diesen Fall vor, zu einem späteren Zeitpunkt das Vorhaben abzulehnen oder stark zu redimensionieren.

04 Motion S. Schneiter Marti - Gestaltung der öffentlichen Kinderspielplätze

Ursula Wingeyer

Die Motion fordert ein Konzept, respektive eine Koordination, der Gestaltung der gemeindeeigenen Spielplätze. Die Motion ist formell nicht zulässig, da die Gestaltung der Spielplätze einzig dem Gemeinderat obliegt. Der Gemeinderat teilt jedoch das Anliegen der Motionärin und beantragt das Postulat als erfüllt abzuschreiben. **Die SVP Fraktion wird diesem Antrag folgen.** Wir gehen stark davon aus, dass der Gemeinderat bereits in der Vergangenheit mit einer langfristigen Planung und Koordination für die Ausgestaltung der Spielplätze gearbeitet hat.

05 Motion S. Schneiter Marti - Reglement über die Benutzung der Schulanlagen ausserhalb der Schulzeiten

Ciril Stebler

Die Motion fordert, dass auf den Schulgeländen nach 22 Uhr ein Aufenthaltsverbot, ein striktes Verbot von Glaswaren, Alkoholkonsum und Rauchen sowie eine Leinenpflicht für Hunde per richterlichem Verbot verhängt und durchgesetzt wird. Als Grund nennt die Motionärin regelmässig stattfindende Vandalen und Littering auf den Nidauer Schulanlagen. Für die SVP stellen sich grundsätzliche Fragen: Die Verbote werden sich in der Praxis weder sinnvoll umsetzen noch konsequent durchsetzen lassen. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort gleich die wichtigsten Argumente dar: Wie kann ein generelles Aufenthaltsverbot nach 22 Uhr zB. nach dem Training eines Sportvereins in der Turnhalle durchgesetzt werden? Oder bei Aufenthalt auf dem Gelände an einem schönen Sommerabend? Oder bei einer Stadtratsitzung? Werden Mitglieder des Stadtrats in Zukunft gebüsst, wenn diese vor oder nach einer Sitzung auf dem Gelände rauchen?

Die SVP Fraktion empfindet die vorgeschlagenen Verbote als **weiteren Schritt in Richtung Verbots- und Bevormundungs-Staat.** Die SVP wird keinen Regulierungen, Verboten oder Gesetzen zustimmen, welche nicht durchgesetzt werden können und nur viel Aufwand und Bürokratie verursachen (siehe zum Beispiel auch Mehrweggeschirr-Verordnung). Ein Verbot der genannten Tätigkeiten würde jugendliche Täter womöglich sogar zu solchen Taten ermutigen.

Die SVP Fraktion sieht keinen Bedarf für neue gesetzliche Regelungen in diesem Bereich. Hingegen gilt es mit den Schulen nach individuellen Lösungen zu suchen. Falls eine Schule ein Problem zum Beispiel mit Littering hat, soll sie eigenmächtig Schulregeln aufstellen und durchsetzen dürfen. Vorstellbar wären auch vereinzelt Kontrollgänge der Polizei. Eine ständige Kontrolle aller Schulareale ist aber ausserhalb der Schulzeiten ohnehin nicht möglich, egal ob gesetzliche Massnahmen ergriffen werden oder nicht. Mit punktuellen Kontrollen und **harten Strafen gegen Vandalen (Exempel statuieren)** kann man unserer Ansicht nach eher und effizienter eine Verbesserung der Situation erreichen, als mit einer neuen Verbotsflut. Der Gemeinderat sollte, wenn überhaupt, eher in dieser Richtung weiter arbeiten. Die SVP Fraktion folgt dem Gemeinderat und wird die Umwandlung in ein Postulat unterstützen.

06 Postulat Ph. Messerli / P. Lehmann - Quo vadis, Nidau?

Viktor Sauter

Die Postulanten verlangen eine langfristige, strategische Planung über die zukünftige Entwicklung der Stadt Nidau. Wo wird Nidau in 10 oder in 20 Jahren stehen? Nidau habe heute zu wenig Profil und es gäbe keine klaren Visionen für die Zukunft. Die Postulanten verlangen einen verbindlichen Plan, mit welchem die Ziele und notwendigen Massnahmen per Soll/Ist-Planung operativ umgesetzt werden können.

Die SVP teilt die Ansicht des Gemeinderats, dass diese Forderung zu eng und zu bestimmt ist. Man sollte sich im Bereich der Stadtplanung nicht über Jahrzehnte hinweg stur festsetzen. Vielleicht eröffnen sich mit der Zeit neue Ideen und Wege, welche vorher noch keinen Sinn ergeben hätten. Der Gemeinderat wird bald seine Legislaturziele vorstellen und gleichzeitig andere Projekte (z.B. Ortsplanrevision) weiterführen.

Die SVP Fraktion unterstützt den Vorschlag des Gemeinderates, das Postulat anzunehmen und als erfüllt abzuschreiben. Die SVP Fraktion würde dem Gemeinderat dennoch nahelegen, parallel zu den Legislaturzielen seine Vision für Nidau vorzustellen. So könnte zum Beispiel mit Gerüchten und Unklarheiten aufgeräumt werden, wie zum Beispiel mit gewissen Fusionsgelüsten, welche bei unseren Nachbarn in den letzten Monaten offensichtlich wurden. Der Gemeinderat könnte unmissverständlich darlegen: Eine Fusion zwischen Biel und Nidau ist von Nidauer Seite her heute und auf absehbare Zeit weder erwünscht, noch mehrheitsfähig. Dies nur als Beispiel, es gibt weitere Fälle, wo der Gemeinderat für Klarheit sorgen könnte.

07 Interpellation H. Jenni - Schulbesuch französisch sprechender Kinder

Beantwortungen von Interpellationen werden normalerweise nicht diskutiert. Die SVP Fraktion stellt keinen Antrag eine Diskussion zu starten (min. 8 Stimmen nötig).

Für Rückfragen:

Leander Gabathuler, Fraktionspräsident, Stadtrat SVP Nidau

info@svp-nidau.ch

www.svp-nidau.ch